

Der Kapp-Putsch vor Gericht.

Leipzig, im Dezember.

Bei der Zeugenvernehmung überwogen zunächst die Generäle und Offiziere. Die Politiker sollen später zu Worte kommen. Der bekannteste aller Truppenführer, General Lubendorff, erregte zwar das größte Interesse durch seine Persönlichkeit, aber seine Aussagen brachten leider keine besondere Überraschungen. Er gab nur Auskunft über die Art und Weise, wie er die verschiedenen am Putsch beteiligten Personen kennlernte, und schiede seine Ansicht über die vor dem Putsch besonders interessierenden Fragen der Polizeiwissenschafter, der Auslieferungsfrage und des Balkumunternehmens. Er erklärte ferner, daß ihm von der Absicht eines Regierungskampfes nichts bekannt gewesen sei, wie er selbst sich überhaupt nirgends in den Vordergrund trai. Ein Brief an ihn, der ihn allerdings nicht erreichte, kennzeichnet jedoch die Rolle Lubendorffs darin, daß sein Einfluß, ob vor oder hinter den Kulissen, der maßgebende sein würde. Ob und wieweit ein solcher Einfluß aber wirklich ausgeübt hat, darüber ist weder aus Lubendorffs eigenen Bekenntnissen noch aus anderen Zeugenaussagen etwas zu entnehmen. Überhaupt bleibt vorläufig die Rolle vieler Persönlichkeiten noch sehr in Dunkel gehüllt. Aus den Mitteilungen über Offizierszusammensetzung, bei denen auch die Marine stark beteiligt war, ist mir zu entnehmen, daß viele wenige etwas geahnt oder gewußt haben, daß aber eine eigentliche Teilnahme in den meisten Fällen nicht vorzuliegen scheint.

Verhandlungsbericht.

Die Zeugenvernehmung setzte in der Sitzung vom 8. Dez. mit den Aussagen einer jetzt noch in hoher Stellung anerkannten Persönlichkeit, des Generals v. Seest, ein. Die Verhandlungen bildeten jedoch mit dem Vortrag ein zusammengehöriges Ganzen, da es sich überall um Verhandlungen darüber handelte, was die Begegnungen von den Wünschen der eigentlichen Führer des Putsches, Kapp und Lüttwitz, genügt haben. Der Direktor des kommunalen Landbundes, v. Dreyh (Stettin) hatte darüber ausgesagt, daß man damals händig auf einen Kommunalaufstand gesetzt war und sich auf die Abwehr rechtzeitig vorbereiten wollte. Einen

Landwirtschaftlichen Sicherheitsstreit

Habe man nicht gesagt, auch sei ein solcher kaum durchführbar. Durch die vielen Aktionen war die Selbstverteidigung der Bauern erlahmt. Die Stimmen an Schäßburg hoch zu halten, war sehr schwer. — Rechtsanwalt Hötinger: Ich kann bekannt, daß unter Herrn Braun, der sich „Minister der Landarbeiter“ nannte, die Streiks aufgestimmt waren. — Zeuge: Das ist ein unerträgliches Kapitel. Die Beamten des Ministers haben bei und Hausindustrien abgehalten, da man mit dem Wort „Reichsputsch“ hauptsächlich ging und Stimmung gegen uns machte. Wir verlangten damals, um überhaupt eine geordnete landwirtschaftliche Produktion aufrecht erhalten zu können, daß endlich mit den Streiks der Landarbeiter, die die Versorgung untergruben, ein Ende gemacht werde. Wir waren auch auf dem besten Wege, mit den Landarbeiterverbänden in ein gutes Verhältnis zu kommen, aber das wollte man scheinbar im Ministerium nicht. — Der Zeuge Major Fleischer erklärte, General Lüttwitz sei zweifellos

über die Stimmung der Truppen falsch orientiert gewesen. Er war stets der Ansicht, daß ihm die Truppen unbedingt folgen würden. Aber damals waren schon sehr erfolgreich die Bestrebungen im Gange, die Soldaten zu entpolitisieren. Oberrechtsanwalt Ebermeyer: Wodin sollten sie ihm denn folgen? Zeuge: Wir hatten den Eindruck, daß General v. Lüttwitz mit den Soldaten einen Druck auf die Regierung ausüben wollte. Er wollte nach unseren Informationen die Regierung und die Nationalversammlung zwingen, die Verfassung zu respektieren,

Der nächste Zeuge Kapitänleutnant v. Trotha machte über den Anmarsch der Brigade Ehrhardt von Döbeln nach Berlin Mitteilung. Vors.: Waren innerhalb der Brigade für den Kapp-Putsch vorher militärische Vorbereitungen getroffen? Zeuge: Nein. Am 12. März um 8 Uhr abends erhielt Kapitän Ehrhardt den Befehl, nachdem vorher ein entsprechender Befehl von Erzherzog Lüttwitz eingetroffen war. — Vors.: Er habe sich im Offizierskorps gegen diejenigen verschwörten Vormarsch dann gar kein widerstrebend. Zeuge: Ich hörte, daß unterwegs Captain Ehrhardt an die Truppen Anträge gestellt habe. Da Berlin schickte mich Captain Ehrhardt mit einer Kompanie zum Reichsmarineministerium, wo ich Admiral v. Trotha melden sollte, daß wir einsatzbereit seien.

General Seest über den 13. März.

Der Zeuge General Seest äußerte über die Vorbereitungen zum Kapp-Putsch folgendes: Die Anzeichen, daß Lüttwitz ein Unternehmen plant, das mit seiner Willkür unvereinbar war, waren im Januar 1920 bereits erkennbar. Schön daraus, daß Lüttwitz mit der Marinebrigade in Verbindung trat, um sie vor der Auseinandersetzung zu schützen und sich eine gefügige

Truppe zu schaffen. Minister Rothe definierte volles Vertrauen zu Lüttwitz, und bei mir in den militärischen Stellen glaubte man nicht an den Ernst seiner Versprechungen, die zur Niederlage von vornherein verurteilt

waren. Am 9. März hörte ich von Oberstleutnant Hammerstein, dem Generalstabsoffizier von Lüttwitz, man wisse nicht mehr, was Lüttwitz vorhabe, aber es sei ernst. Ich ging zu Rothe und verlangte sofortige Verabschiedung von Lüttwitz. Ich verlangte ferner, daß Rothe der Unterredung zwischen dem Präsidenten Ebert und Lüttwitz bewohne. Wir müssten keinen Tisch machen. Am 10. März war Lüttwitz bei Ebert, am 11. hörten wir von der Verbindung Lüttwitz mit Kapp und Oberst Bauer. Wir drängten auf sofortige Besprechungen mit den Herren. General Lüttwitz wurde nicht verabschiedet, sondern zur Diskussion gelassen. Dann kam die Nacht vom 12. zum 13. März, die unsere Verhandlungen bestätigte. — Vors.: Hat nicht Oberst Reinhardt zwischen General Lüttwitz und der Marineregiment vermittelt? — Zeuge: Das glaube ich nicht. Die Marineregiment war auf ihre Führung eingestellt. Wer die Führung hatte, hatte die Brigade. Der Schutz des Regierungsviertels war dem Schützenregiment 6 übertraut, die Fußtruppe waren überflüssig, die Mannschaften weniger. Dazu kam, daß die Sippe schwankte. Truppen, die vorher im Felde zusammen gewesen, sollten auseinander schleichen.

eine Schlacht am Brandenburger Tor!

Ehrhardts Truppen waren ausgesuchten bewaffnet. Ehrhardt, der ein glänzender Führer war, hätte sein Unternehmen durchgeführt. Und nun kam folgendes hinzu: wosfür sollten die und zur Verfügung stehenden Truppen sich schlagen? Hier spielten sowohl politische Momente mit; ferner brauchten wir die Truppen für die „rote Gefahr“, und schließlich wollten wir auch Kapp nicht Gelegenheit geben, als Sieger aus einer Schlacht einzuziehen. Dadurch, daß wir Kapp den militärischen Sieg nahmen, räubten wir seinem Unternehmen den Boden. Rothe war zunächst nicht meiner Meinung. Er fragte, wer sich mit ihm an die Spitze der Truppen stelle. — Vors.: Wer wollte mit Minister Rothe kämpfen? — Zeuge: Oberst Reinhardt. In den Morgenstunden des 13. März erklärte man nochmals den Kampf, den wir ausstechen wollten. Nach einiger Zeit kam Minister Rothe und sagte, daß Kabinett lehne das Ultimatum Ehrhardt ab. Es wurde mir bekannt, daß die Regierung Berlin verlassen wollte. Eine Stunde später kam Kapp. — Vors.: Erzherzog v. Sachsen wollen Sie über

das Ultimatum Ehrhardt

dahern. — Zeuge: General v. Obershausen hatte Ehrhardt veranlaßt, an der Siegesallee bis 7 Uhr hinzumachen. Ehrhardt forderte einen General als Reichswehrminister, Hochminister, Reichstag- und Präsidentenwahl. — Vors.: Wissen Sie, daß Lüttwitz diese Forderung am 10. März dem Präsidenten vortrug? — Zeuge: Jawohl. Vors.: Wissen Sie etwas über die Verhandlungen? — Zeuge: Am 11. März sollten Kapp, Schneller und Oberst Bauer verhandeln werden, doch erhielten sie Kenntnis davon und ließen

Jagow's „Unschädlichkeit“.

Die Vernehmung des Staatssekretärs Dr. Frey und des Beuges betraf vor allem die Maßnahmen, die Jagow im preußischen Ministerium des Innern getroffen hat. Der Zeuge berichtet: Am 13. März suchte mich Seeherr-Dorn auf und sagte mir im Auftrage Kapp's, daß ich meine Stellung entholde sei. Kapp sei Reichskanzler und Ministerpräsident von Preußen und in dieser Eigenschaft habe er mich abgesetzt. Dr. Dorn, reise an meine Stelle. Ich verließ unter Protest das Ministerium. Als ich nach fünf Tagen wieder in mein Amt eingezogen wurde, sandte ich Telegramme, die von Herrn v. Jagow unterschrieben waren, die die Absetzung aller demokratischen und sozialdemokratischen Regierungsdienststellen verfügten. — Oberreichsanwalt: Was Herr v. Jagow in der preußischen Verwaltung als ungewöhnlich energisch bekannt? — Zeuge: Ja. — Oberrechtsanwalt: Einige der von Herrn v. Jagow berufländerten Regierungsdienststellen sind alte Regierungsdienstbeamte. Warum sind sie wohl berufen worden? — Zeuge: Weil sie Demokraten waren.

Hergt und Heinze als Jungen.

Nach dem General v. Seest wurde der deutschationale Abgeordnete Hergt vernommen, der sich über seine Beziehungen zu den Hauptstädten ausküßt. Er schildert die Verhandlungen im Reichsjustizministerium beim Zusammenbruch des Putsches, bei denen Schäffer sagte, Verhandlungen mit Kapp kommen nicht in Betracht, aber man könne ja Verhandlungen halten. Dann führte Staatssekretär Joel die Verhandlungen, aber Schäffer war als Zuhörer doch häufig anwesend, wenn er nicht gerade mit der Regierung in Stuttgart sprach. Es wurde

über die Amnestie verhandelt.

Die Staatsanwaltschaft mußte zunächst eingreifen, bis die Nationalversammlung die Amnestie erlaß. Wir wollten eine parlamentarische Mehrheit auf die Amnestie schaffen. Joel machte darüber eine Niederschrift. Lüttwitz kam aber immer wieder auf die Amnestie zurück. Zwei Offiziere meldeten Lüttwitz, daß die Reichswehr nicht mehr habe. Lüttwitz wurde wortlos. Diese Katastrophe hatte er nicht vorabzusehen. Stegemann und ich waren tiefeschockiert. Lüttwitz erschrak sich dann doch zum Rücktritt bereit. Der sozialdemokratische Abg. Heinze, der frühere Reichsjustiz-

hörende, hörte auf, als die Unschuldigen nach Rettung gefordert hatten?

Da waren Laufende im Schlaglochsummel ums Leben gekommen. Waren sie nicht ebenso weitaus wie Herbert von Altringen, nicht ebenso lebensberechtigte Kreaturen, ohne jede Schuld von den feindlichen Geschossen vermaut und zerstört? Warum nimmt man das nicht Werd, bestialischen Massenmord, ausgelöscht mit kalter Verehrung an der blutigen Jugend eines ganzen Volkes? — War das himmlische Gerechtigkeit?

Längst hatte er die Befestigungen wegelegt und blickte durch die hohen Scheiben hinaus auf die Straße. Von weitem hörte er die Uhr vom Rathause schlagen — 7 Uhr. Schnell erhob er sich, zählte und ging.

In wenigen Minuten hatte er das Hotel erreicht und ging sofort auf sein Zimmer. Er kehlte eine halbe Stunde Wein, lebte sich aus dem Fenster und trank dabei Glas um Glas. Das war die beste Medizin, um seine brutalistische Stimmung über sich zu rufen, in der ihm schließlich alles gleichgültig war, die die Nerven spannen und keine Muskel strafft und in seinen Augen das Blut wieder Entschlossenheit austümmeln ließ.

Da er sonst wenigtran, so wirkte der Alkohol bei ihm um so fröhlicher, machte seinen dämonischen Einfluss manchmal geltend, wenn er ihn zuweilen brauchte.

Den Gang zum Europäischen Hof beobachtete Hergt unverdeckt. Nebenmal, wenn die hohe Gastür im Sonnenlicht aufblitzte und jemand hereinkam — nützte er zusammen. Er überzeugte sich, ob in seiner Befestigung das Gift bereit war, das er von May geäuft hatte. Bezaubrig fühlte er das kleine Paradies — der Rückzug war ihm also gedeckt — doch mochte kommen, was da wollte.

Gegen bald acht Uhr trat Herbert auf die Straße hinaus. Langsam ging er die Straße hinunter.

Bei seinem Anblick hatte Hergt das Gefühl, daß selbigenlang den Atem benimmt und das Herz flößen macht, wenn man vom Sprungbrett herab in eiskaltes Wasser springen will. Er schloß die Augen einen Moment, bis sich auf die Lippen und läßt sie fort. Der Weg bis

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Geschehnisse.

* Der Reichskanzler widerlegte in einer Unterredung mit einem Pariser Journalisten die Behauptungen Lejvres und Barthous über angebliche Rüstungen Deutschlands.

* Der Reichswirtschaftsrat hat den Entwurf eines Arbeitsnachwegegesetzes angenommen.

* Im Reichswirtschaftsrat wurde der Entwurf einer Schiedsgerungsordnung zur Verbesserung wölflicher Streits mit 80 gegen 76 Stimmen angenommen.

* Frankreich hat der spanischen Regierung eine ultimative Forderung überlandt, in der es den Abbruch der Verhandlungen über die Handelsbeziehungen androht, wenn Spanien nicht den spanischen Standpunkt anerkennt.

minister, berichtet ebenfalls über die Verhandlungen mit Lüttwitz vor dem Putsch, wobei der Abgeordnete Helmig sagte: Es gibt doch kein Mittel, um die ausgelösten Truppen zu halten. Lüttwitz erwiderte, dankt er auf die Reichsbank und hole sich Geld. Wenn er aber schlägt werde, wird den seine Offiziere alles kurz und klein schlagen. Er würde auch den Reichspräsidenten ablegen. Für mich war die Unterredung absolut rechtswidrig und mußte sich kurzerhand lösen.

Nach Heinze wurde der frühere Reichswehrminister Rothe als Zeuge angesprochen. Die Verteidigung wußt es für bedenklich, ihn veredigen zu lassen, weil er sich vielleicht selbst schriftlich gemacht habe, da er es unterlassen habe, von einem hochverratlichen Unternehmen sofort, nachdem es ihm bekannt geworden sei, Anzeige zu erstatten. Das Gericht nahm aber nach kurzer Beratung die Verteidigung dennoch vor.

Rothe erklärte, daß schon vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages in der Reichswehr Göring verhandelt habe, und schob dann die Tatsache, die General Lüttwitz vor dem Kapp-Putsch entwickele hat: er sei vor Lüttwitz schon früher gewarnt worden und habe deshalb Wert darauf gelegt, der Unterredung zwischen Lüttwitz und Ebert persönlich beizuwohnen. Die von ihm (Rothe) am 11. März gegen Kapp, Oberst Bauer und andere erlassenen Haftbescheide seien, da die Polizei versucht, leider mißglückt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Saarfrage vor dem Völkerbundsrat.

Der Präsident des Völkerbundsrates, Homans, hat den Rat auf den 10. Januar nach Genf einberufen. Auf der Tagessitzung stehen u. a. verschiedene die Freie Stadt Danzig betreffende Fragen. Auch die Saarfrage wird einen beträchtlichen Raum in den Verhandlungen einnehmen, da der Rat sich mit dem Protest der deutschen Regierung gegen die Verfügung der saarländischen Regierungskommission über die Eigenschaften eines Saarbewohner beschäftigen muß.

Ermäßigung der Insolvenzsteuer.

Bei den Beratungen im Reichstagsausschuß über die Umsatzsteuer führte die Frage der Insolvenzsteuerung zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Abg. Cremer erklärte einer Kreis-Reportage, daß die Saarfrage wird eine entscheidende Rolle spielen. Auch die Saarfrage wird einen beträchtlichen Raum in den Verhandlungen einnehmen, da der Rat sich mit dem Protest der deutschen Regierung gegen die Verfügung der saarländischen Regierungskommission über die Eigenschaften eines Saarbewohner beschäftigen muß.

Ermäßigung der Insolvenzsteuer.

Bei den Beratungen im Reichstagsausschuß über die Umsatzsteuer führte die Frage der Insolvenzsteuerung zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Abg. Cremer erklärte einer Kreis-Reportage, daß die Saarfrage wird eine entscheidende Rolle spielen. Auch die Saarfrage wird einen beträchtlichen Raum in den Verhandlungen einnehmen, da der Rat sich mit dem Protest der deutschen Regierung gegen die Verfügung der saarländischen Regierungskommission über die Eigenschaften eines Saarbewohner beschäftigen muß.

Die Insolvenzsteuerung in Oppeln hat die Schäden aus dem polnischen Aufstand im Mai und Juni bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisrätseln schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreis wird ein solcher Ausschuss zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden fungieren. Ein Kreisausschuß wird jährlich auf die dem Abg. Hergt und Brünn (Deutsch.) eingebrachte Anträge angenommen, die Angezogene von 10 auf 5 Prozent zu ermäßigen.

Ermäßigung der Insolvenzsteuer.

Die Insolvenzsteuerung in Oppeln hat die Schäden aus dem polnischen Aufstand im Mai und Juni bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisrätseln schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreis wird ein solcher Ausschuss zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden fungieren. Ein Kreisausschuß wird jährlich auf die dem Abg. Hergt und Brünn (Deutsch.) eingebrachte Anträge angenommen, die Angezogene von 10 auf 5 Prozent zu ermäßigen.

Die Insolvenzsteuerung in Oppeln hat die Schäden aus dem polnischen Aufstand im Mai und Juni bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisrätseln schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreis wird ein solcher Ausschuss zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden fungieren. Ein Kreisausschuß wird jährlich auf die dem Abg. Hergt und Brünn (Deutsch.) eingebrachte Anträge angenommen, die Angezogene von 10 auf 5 Prozent zu ermäßigen.

Die Insolvenzsteuerung in Oppeln hat die Schäden aus dem polnischen Aufstand im Mai und Juni bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisrätseln schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreis wird ein solcher Ausschuss zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden fungieren. Ein Kreisausschuß wird jährlich auf die dem Abg. Hergt und Brünn (Deutsch.) eingebrachte Anträge angenommen, die Angezogene von 10 auf 5 Prozent zu ermäßigen.

Die Insolvenzsteuerung in Oppeln hat die Schäden aus dem polnischen Aufstand im Mai und Juni bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisrätseln schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreis wird ein solcher Ausschuss zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden fungieren. Ein Kreisausschuß wird jährlich auf die dem Abg. Hergt und Brünn (Deutsch.) eingebrachte Anträge angenommen, die Angezogene von 10 auf 5 Prozent zu ermäßigen.

Die Insolvenzsteuerung in Oppeln hat die Schäden aus dem polnischen Aufstand im Mai und Juni bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisrätseln schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreis wird ein solcher Ausschuss zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden fungieren. Ein Kreisausschuß wird jährlich auf die dem Abg. Hergt und Brünn (Deutsch.) eingebrachte Anträge angenommen, die Angezogene von 10 auf 5 Prozent zu ermäßigen.

Die Insolvenzsteuerung in Oppeln hat die Schäden aus dem polnischen Aufstand im Mai und Juni bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisrätseln schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreis wird ein solcher Ausschuss zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden fungieren. Ein Kreisausschuß wird jährlich auf die dem Abg. Hergt und Brünn (Deutsch.) eingebrachte Anträge angenommen, die Angezogene von 10 auf 5 Prozent zu ermäßigen.

Die Insolvenzsteuerung in Oppeln hat die Schäden aus dem polnischen Aufstand im Mai und Juni bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisrätseln schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreis wird ein solcher Ausschuss zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden fungieren. Ein Kreisausschuß wird jährlich auf die dem Abg. Hergt und Brünn (Deutsch.) eingebrachte Anträge angenommen, die Angezogene von 10 auf 5 Prozent zu ermäßigen.

Die Insolvenzsteuerung in Oppeln hat die Schäden aus dem polnischen Aufstand im Mai und Juni bis zum 1. Januar 1922 bei den neu errichteten Kreisrätseln schriftlich anzumelden sind. In jedem Kreis wird ein solcher Ausschuss zur Feststellung der durch die Aufstandsbewegung verursachten Schäden fungieren. Ein Kreisausschuß wird jährlich auf die dem Abg. Hergt und Brünn (Deutsch.) eingebrachte Anträge angenommen, die Angezogene von 10 auf 5 Prozent zu ermäß